

09.07.2009

Pressemitteilung

Menschen vor Armut schützen

MdB Kornelia Möller, München zu Besuch in Kulmbach

Anlässlich ihres Besuchs in Kulmbach sprach Kornelia Möller in Begleitung von Arno Pfaffenberger, Kreissprecher der LINKEN in der Arbeitslosenberatungsstelle der Caritas mit Soraya Hebenanz. Am Vorabend stellte sie auf einer gut besuchten öffentlichen Versammlung die Konzepte der Bundestagsfraktion der LINKEN für eine an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete materielle Sicherung der Menschen vor.

Unterschiedliche Gruppen seien derzeit davon bedroht in Armut zu fallen: junge Menschen, die noch nicht erwerbsfähig sind, in die Arbeitslosigkeit gezwungene, erwerbsfähige Menschen, Lohnabhängige im Niedriglohnbereich und ältere, nicht mehr erwerbsfähige Menschen. Für all diese Menschen müsse ein demokratischer Staat sanktions- und repressionsfrei die materielle Grundlage für das Leben in der Gesellschaft sichern. Zum Gesamtkonzept der Fraktion der LINKEN gehörten deshalb, so Kornelia Möller die Forderungen zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Forderungen für eine gute Rente und materielle Sicherheit der Erwerbslosen.

Ausführlich stellte Möller dann die Vorschläge der LINKEN für die Absicherung der Erwerbslosen vor. Hier seien Mittel der Arbeitslosenversicherung und Mittel aus dem Steueraufkommen zusammen zu führen. Für einen Zeitraum von 3-5 Jahren seien Transferleistungen in Höhe von 70 % bzw. 75 % des letzten Nettolohns zu gewährleisten. Danach müsse aus Steuermitteln für jeden Erwerbslosen das sog. sozio-kulturelle Existenzminimum gesichert werden, das zur Zeit von Wirtschaftsinstituten bei ca. 1000 € angesetzt wird. Eine jährliche Anpassung sei notwendig. Auf keinen Fall dürften Erwerbslose entmündigt werden. Es sei davon auszugehen, dass „jeder Mensch ein Experte seiner eigenen Situation ist“, so Möller. Wünsche und Vorschläge z.B. hinsichtlich möglicher beruflicher Weiterqualifizierung müssten von der Arbeitsverwaltung ernst genommen werden und sofort nach Eintreten der Arbeitslosigkeit umgesetzt werden. Neben den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer in den Selbstverwaltungsorganen der Arbeitsagenturen müssten Vertreter der Erwerbslosen an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

In der sich anschließenden Diskussion stand die Frage nach den Finanzierungsmöglichkeiten im Vordergrund. Angesprochen wurden neben einer gerechteren Beteiligung der Reichen durch Steuern auch die Übernahme des Arbeitslosengeldes durch das Unternehmen bei Entlassung trotz ausreichender Gewinne oder die Finanzierung über eine Wertschöpfungsabgabe. Am Ende der Diskussion standen Überlegungen der Anwesenden wie über Demonstrationen hinaus die Durchsetzungskraft der Beschäftigten und Erwerbslosen gesteigert werden könnte. Dabei wurden zahlreiche Vorschläge für kreative Aktionsformen gemacht und auch die Möglichkeit zivilen Ungehorsams angesprochen.